

ÖDP KV Memmingen-Unterallgäu, Sandweg 4, 89296 Weiler

Bayerischer Bauernverband
Geschäftsstelle Erkheim
Mindelheimer Str. 18
87746 Erkheim
Per E-Mail: Erkheim@BayerischerBauernVerband.de
z.Hd. Herrn Kreisobmann Martin Schorer und
z.Hd. Frau Kreisbäuerin Margot Walser

Ökologisch-Demokratische
Partei
Kreisverband
Memmingen-Unterallgäu

Postadresse:
Postfach 1719
87687 Memmingen

Hausadresse:
Sandweg 4
89296 Osterberg OT Weiler

11.04.2019

Sehr geehrte Frau Walser,
sehr geehrter Herr Schorer,

„Erst an den Pranger gestellt und dann verraten“ so der Tenor
des Presseartikels (MMZ) vom 10.04.2019.

Wir bedauern es sehr, dass Sie nach den Gesprächen am
runden Tisch in der Staatskanzlei, an dem auch der Präsident
des Bayerischen Bauernverbandes Heidl, teilgenommen hat,
noch immer die Verunglimpfung der Initiatoren des Volksbe-
gehrens einschließlich der nahezu 1,8 Millionen Wählerinnen
und Wähler Bayern einer sachgemäßen Betrachtung der
Ergebnisse vorziehen. Bevor Sie uns einen Blick über den
Tellerrand nahelegen, schlagen wir vor, diesen selbst zu
praktizieren und vor allem die Ergebnisse der Gespräche richtig
zu würdigen.

Das Volksbegehren „Rettet die Bienen – Stoppt das Arten-
sterben“ hat es geschafft, ein gewaltiges Investitionsprogramm
in die Landwirtschaft anzustoßen. Die ersten 75 Millionen
zusätzlich hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits ange-
kündigt. Dabei wird es nicht bleiben.

Sieht so Verrat aus? Mir scheint, Sie jammern auf sehr hohem
Niveau und sind nicht bereit, anzuerkennen, dass die Ängste
und Befürchtungen der Bauern jeder Grundlage entbehren.

Die vier umstrittensten Punkte des Volksbegehrens sind aus
Sicht der Staatsregierung einfach zu befrieden. Das Walzverbot
für Wiesen und Weiden ab dem 15. März, gegen das sich der
Bauernverband massiv gewehrt hat, soll nun mit Hilfe einer
Allgemeinverfügung (Kabinettsvorlage) so flexibel gestaltet
werden, dass die Landwirte damit umgehen können.

fon: 08337/742536
fax: 08337/742536
e-mail:
info@oedp-memmingen.de

VR-Bank Memmingen eG
IBAN: DE80 7319 0000
0001 4141 43
BIC: GENODEF1MM1

www.oedp-memmingen.de
www.oedp-bayern.de

Auch wird die Vorgabe, 10 Prozent des Grünlands künftig erst nach dem 15. Juni mähen zu dürfen, keine neuen Einschränkungen bringen. Im Papier der Staatsregierung steht zu lesen: „Es wird klargestellt, dass es sich um eine bayerische Zielvorgabe und nicht um eine Vorgabe für den Einzelbetrieb handelt.“ Dies wird zu keinem Förderverlust für die Landwirte führen.

Bei den beiden weiter heftig umstrittenen Punkten (Biotopverbund und Einstufung von Streuobstwiesen als Biotop) will die Staatsregierung nicht nur darauf achten, dass den Landwirten keine Nachteile entstehen. Im Gegenteil: Die Staatsregierung sieht neue Fördermöglichkeiten, also Chancen für zusätzliche Verdienste.

Die Annahme des Volksbegehrens plus 40 weitere Maßnahmen in einem Begleitgesetz gehen am 08.05. zur ersten Lesung in den Landtag. Noch ist nicht alles in „trockenen Tüchern“. Jetzt müssen wir gemeinsam parlamentarischen Druck aufbauen, damit es schlussendlich zu diesem von Ministerpräsident Söder gewollten „Versöhnungsgesetz“ kommt.

Sehr geehrte Frau Walser, Herr Schorer,

wir erwarten beileibe keinen Dank vom Bauernverband, aber eines sollten Sie doch fairerweise bedenken: Wenn heute Umweltminister Glauber davon spricht, dass sich das Kabinett darauf verständigt habe, „die Zukunft der Landwirtschaft zu gestalten und die Interessen des Naturschutzes“ und wenn gar Agrarministerin Kaniber davon spricht, „dass die Landwirtschaft in die Mitte der Gesellschaft geholt wird“, dann ist das ein Gewinn für die durch eine falsch aufgesetzte EU-Agrarsubventionspolitik gebeutelte (nicht nur) bayerische Landwirtschaft und kein Verrat.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf Ihre Äußerungen im Artikel des Memminger Kuriers vom 6.4.2019 „Gemeinsam praktikable Lösungen suchen“ eingehen.

Richtig: Wir brauchen mehr Miteinander. Daher drängt sich uns die Frage auf, warum das Gespräch nicht mit allen Akteuren, beispielsweise den Verbrauchern und Naturschützern suchen? Wenn wir lesen, dass „vernünftige“ Lösungen und eine Politik „mit Augenmaß“ gefordert werden, dann stellt sich uns weiter die Frage, ob denn die existenzielle Tragweite von Artenschutz

Ihrerseits wirklich verstanden wurde. Es ist schon lange nicht mehr fünf vor Zwölf, sondern allerhöchste Eisenbahn und wir sitzen alle im selben Boot. Warum sind im Zeitraum 2010 – 2018 allein in Bayern 13.860 landwirtschaftliche Betriebe verloren gegangen? Sicher nicht wegen des Volksbegehrens, sondern wegen einer völlig falsch aufgesetzten europäischen Agrarpolitik. Und wenn wir im Artikel zum Thema gemeinsame Agrarpolitik lesen, dass der BBV-Kreisobmann, also Sie, fordern, dass die erste Säule (Flächenförderung) weiterhin für die Landwirtschaft sicher sein müsse und nicht zu Gunsten der zweiten Säule (ländliche Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz) gekürzt werden dürfe, dann verstehen wir die Welt nicht mehr. Das Geld im Agrarhaushalt der EU muss für Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft genutzt werden. Die Formel ist einfach: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Jetzt ist die Zeit, altes Denken durch neues Handeln zu ersetzen. Reformen für Ställe, Äcker, Wiesen und Natur sind mehr als überfällig. Der Erhalt der Lebensgrundlagen, ein wirksamer Klimaschutz und eine umweltgerechte Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik sind möglich und nötig, weil nur eine ökologische, bäuerliche und regional ausgerichtete Landwirtschaft eine ausreichende und dauerhafte Versorgung mit gesunden Lebensmitteln für die gesamte Weltbevölkerung garantieren kann. Es muss endlich Schluss damit sein, Feindbilder zu pflegen. Wir brauchen den Schulterchluss aller Akteure. Und ja, wir müssen das Thema ökologischer Zusammenhänge, gesunde Ernährung, ressourcenschonendes Verhalten sowie Verantwortung für die Eine Welt in der Bildung fest verankern. Es braucht aber auch die Einsicht, dass das, was derzeit bei Konsum, Mobilität, Wirtschaft und Landwirtschaft passiert, alles andere als ressourcenschonend ist.

Ihre geäußerte Befürchtung, Landwirte könnten die EU-Wahl zur Protestwahl machen, greifen wir gerne auf. Ja, machen Sie die EU-Wahl zur Protestwahl und wählen Sie die Parteien, für die der Landwirt mit mittleren und kleineren Strukturen einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat und die ihn nicht zugunsten der industriell arbeitenden Betriebe und einer unheilvollen Lobby auf dem Altar des Weltmarktes opfern.

Es stünde Ihnen allerdings gut zu Gesicht, Ihre Berufskollegen davor zu warnen, den Protest rechts außen abzulegen. Es steht zu viel auf dem Spiel. Es verbietet sich, Europa ökologiefernen neuen Nationalisten anzuvertrauen.

Gerne kommen wir mit Ihnen ins Gespräch.

Mit ökologisch-demokratischen Grüßen



(Gabriela Schimmer-Göresz)
Kreisvorsitzende



(Lucia Fischer)
stv. Kreisvorsitzende